

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
20. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt Haan
am Mittwoch, dem 12.09.2018 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00 Uhr

Ende:
19:07 Uhr

Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
AM Karl-Ernst Dörfler
AM Barbara Leibelt-Menzel
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
AM Brigitte Taschke

Vertretung für Stv. Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Jörg Dürr
Stv. Simone Kunkel-Grätz
AM Hans Lenz
AM Ilkay Solmaz

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
AM Dieter Terjung

GAL-Fraktion

Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für AM Ramsel

FDP-Fraktion

Stv. Dirk Raabe

AfD-Fraktion

AM Monika Birk

Schriftführer

Frau Petra Mattonet

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Gäste

Dr. Elke Olbermann, Gerontologisches Institut der Technischen Universität Dortmund
Herr Römer, Leiter des Kreisintegrationszentrums des Kreises Mettmann
Herr Beyll, Schuldnerberatung des Caritasverbandes des Kreises Mettmann

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:02 Uhr die 20. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Gäste - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wird Frau Barbara Leibel-Menzel als neues Ausschussmitglied verpflichtet.

Öffentliche Sitzung

1./ Vorstellung Ergebnis der Hochaltrigenbefragung

Protokoll:

Frau Dr. Olbermann vom Gerontologischen Institut der Technischen Universität Dortmund führt einzelne besondere Ergebnisse aus der Befragung der 80-jährigen und älteren Bevölkerung aus dem Jahr 2017 aus. Im Anschluss besteht die Möglichkeit von Rückfragen und Diskussion.

Auf Nachfrage von Stv. Kunkel-Grätz erläutert Frau Dr. Olbermann den Unterschied von kulturellen und gesellschaftlichen Veranstaltungen. Bei den kulturellen Veranstaltungen handelt es sich um inhaltliche und bei den gesellschaftlichen steht das Zusammenkommen von mehreren Menschen und der Austausch im Vordergrund.

AM Leibel-Menzel erkundigt sich, ob der Anteil von 18 % von pflegebedürftigen Personen realistisch dargestellt ist. Hierzu teilt Frau Dr. Olbermann mit, dass alle 80-jährigen und älteren Personen in Haan in die Befragung einbezogen wurden, auch diejenigen Menschen, die in Pflegeeinrichtungen leben. Es ist davon auszugehen, dass der Anteil der pflegebedürftigen Personen deutlich höher liegt, als durch die Befragung dargestellt werden kann. Erfahrungsgemäß beteiligen sich gebrechliche Menschen weniger an Befragungen. Es ist dennoch wichtig diesen Personenkreis auch zukünftig zu beteiligen.

Herr Sattler ergänzt, dass von den Befragten 77 % angeben, selbst keine Leistungen der Pflegekasse zu erhalten.

Stv. Kunkel-Grätz fragt an, ob es Personengruppen gibt, die sich an der Befragung nicht beteiligt haben.

Herr Sattler führt aus, dass von denjenigen, die sich an der Befragung beteiligt haben 60 % Eigentümer eines Hauses/ einer Eigentumswohnung sind und 40 % Bewohner von Mietwohnungen. Dies spiegelt jedoch nicht das tatsächliche in Haan herrschende Verhältnis zwischen Bewohnern in Mietwohnungen und in Eigentum wider.

Frau Dr. Olbermann ergänzt, dass generell bei Befragungen Frauen unterrepräsentiert sind, obwohl diese gegenüber der Anzahl von Männern eine deutlich stärkere Gruppe abbilden. Weiterhin war anhand der Umfrageergebnisse erkennbar, dass sich einzelne Quartiere stärker beteiligt haben. Darüber hinaus können naturgemäß bestimmte Altersgruppen schlechter erreicht werden. Generell kann auch erkannt werden, dass sich Personen mit niedrigem Einkommen weniger an Befragungen beteiligen.

Der Vorsitzende Bernd Stracke fragt an, ob neben der Auskunft wie die Befragten mit ihrem finanziellen Budget auskommen auch nach dem Einkommen gefragt wurden.

Frau Dr. Olbermann entgegnet, dass im Vorfeld der Befragung darüber diskutiert wurde, ob nach dem tatsächlichen Einkommen gefragt werden soll. In dieser Befragung ist bewusst auf diese Frage verzichtet worden. Erfahrungen mit anderen Befragungen haben gezeigt, dass eine solche Frage meist nicht beantwortet wird oder auch die Folge hat, dass sich Personen gar nicht mehr an der Befragung beteiligen. Dies sollte bei der Haaner Befragung vermieden werden.

VA Schneider bittet Frau Dr. Olbermann noch um eine kurze Erklärung zum Zufriedenheitsparadoxum.

Frau Dr. Olbermann erläutert, dass das Zufriedenheitsparadoxum unter zwei Gesichtspunkten zu erklären ist. Zum einen hat die Generation der heutigen Senioren, insbesondere der Hochaltrigen (80 Jahre und älter) die Kriegszeit miterlebt und verbindet diese Zeiten mit großen Entbehrungen. Diese schlechten Zeiten werden von älteren Menschen gerne zum Vergleich mit der heutigen Zeit herangezogen. Es wird dann festgestellt, dass es heute tatsächlich weniger entbehrensreich ist. Zum zweiten vergleichen älteren Menschen sich und andere aus ihrer Altersgruppe. Erfahrungsgemäß gibt es oft Menschen im Bekanntenkreis denen es gesundheitlich oder finanziell schlechter geht, so dass das eigene Leid relativiert wird.

Die 1.Bgo. Dagmar Formella weist darauf hin, dass die VHS Hilden-Haan ein gutes und umfangreiches Angebot auch für Senioren im Programm hat. Sie bittet darum bei den nächsten Sitzungen des Zweckverbandes nochmals das Augenmerk auf diese Zielgruppe zu haben.

Der Vorsitzende Bernd Stracke bedankt sich bei Frau Dr. Olbermann für die Ausführungen.

2./ Bericht des Seniorenbeirates

Protokoll:

Herr Sattler berichtet, dass im Nachgang zu der letztjährigen Befragung der hochaltrigen Haaner Bevölkerung regelmäßig zum Stand der Fortschritte in der Presse berichtet wird. Es ist wichtig die Befragten regelmäßig zu informieren.

Für eine seniorengerechte Quartiersentwicklung in Gruitzen wurde bereits Kontakt mit dem dort ehrenamtlich tätigen BVV aufgenommen. Die Vorgespräche sind sehr positiv verlaufen.

Der Seniorenbeirat hat seinen Flyer und auch das Infoblatt zur „Nette Toilette“ überarbeitet. Auch der Seniorenratgeber wird überarbeitet. Der Seniorenbeirat plant eine Notfallkarte anzubieten. Diese soll bei der nächsten Aktion des Seniorenbeirates auf dem Wochenmarkt verteilt werden.

Die Sprechstunde des Seniorenbeirates am ersten Mittwoch im Monat in der Stadtparkasse Haan wird gut angenommen. Die Sprechstunde im September war sehr gut besucht. Die Anliegen betreffen oft Fragen zu finanziellen Leistungs- und Unterstützungsangeboten.

Aufgrund des heißen Sommers wurde der Seniorenbeirat angefragt, ob die Möglichkeit besteht, im Stadtgebiet Wasserspender aufzustellen. Eine

Kontaktaufnahme mit den Stadtwerken Haan hat ergeben, dass in Haan auf dem Alter Markt eine öffentliche Trinkwasserstelle besteht. Diese scheint weitgehend unbekannt zu sein. Der Seniorenbeirat ist mit den Stadtwerken im Gespräch, ob im Stadtgebiet weitere Trinkwasserstellen eingerichtet werden können.

Weiterhin teilten die Stadtwerke in diesem Zusammenhang mit, dass der barrierefreie Zugang zum Hallenbad geplant sei.

Stv. Lukat merkt an, dass der barrierefreie Zugang zum Hallenbad nicht ausreichend ist. Auch die Bewegung im Bad selber sollte barrierefrei sein.

Herr Sattler wird dies für die weiteren Gespräche mit den Stadtwerken aufgreifen.

Herr Sattler erläutert, dass die Kirmes im Jahr 2017 weitgehend barrierefrei zugänglich war. Bis auf zwei Stellen, an denen dicke Kabel verlegt waren, konnten auch Besucher mit Rollatoren und Rollstühlen diese gut begehen. Auch in diesem Jahr wird es wieder gemeinsame Begehungen des Seniorenbeirats und des Ordnungsamtes während des Aufbaus der Kirmes geben. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich ist sehr gut.

Der Vorsitzende Bernd Stracke bedankt sich für die umfangreichen Aktivitäten des Seniorenbeirats. Er merkt an, dass die Barrierefreiheit des Hallenbades auch im BKSA beraten werden sollte.

3./ Bericht Behindertenbeauftragte

Protokoll:

Frau Bongard berichtet für die Behindertenbeauftragten. Das Fest „Mittendrin und voll dabei“ im Rahmen des Haaner Sommers ist auch in diesem Jahr gut angenommen worden. Für die Durchführung des Festes konnten verschiedene Partner gefunden werden, exemplarisch sei hier die Hephata und die AWO genannt.

Die Sprechzeiten der Behindertenbeauftragten finden nach der Sommerpause in der Stadtparkasse statt.

Frau Bongard teilt mit, dass die Begehungen nach den Sommerferien fortgesetzt werden.

Der Vorsitzende Bernd Stracke bedankt sich bei den Behindertenbeauftragten für ihr Engagement.

4./ Antrag der WLH vom 14.07.2018 zur Integration von Flüchtlingen (Kinder-Jugendliche-Heranzwachsende)

Protokoll:

Zum TOP 4 wird seitens der Verwaltung eine Tischvorlage gereicht. Die Tischvorlage ist im Ratsinformationssystem dem TOP 4 als Datei beigelegt.

Zum TOP 4 begrüßt der Vorsitzende Bernd Stracke den Leiter des Kreisintegrationszentrums (KI), Herrn Römer.

Stv. Lukat fragt an, ob und wo es eine Mangelversorgung in der Beschulung von Geflüchteten gibt. Weiterhin bittet Sie darum, dass dieser TOP bezüglich der Verteilung der Flüchtlingskinder auf die Schulen auch im BKSA beraten werden sollte.

VA Schneider teilt mit, dass die Zahlen für die Kindergartenkinder und auch Schulkinder in der heutigen Tischvorlage enthalten sind. Herr Schneider bittet Herrn Römer vom Kreisintegrationszentrum den SIA zur Beschulung der 16 bis 21-Jährigen zu informieren.

Herr Römer berichtet, dass die Ermittlung der Zahlen der 16 bis 17-Jährigen in Zusammenarbeit mit dem Schulamt erfolgt, da diese der Schulpflicht unterliegen. Schwieriger gestaltet sich die Auswertung der 18 bis 21-Jährigen. Hier ist nach dem ausländerrechtlichen Status zu differenzieren, nach anerkannten oder geduldeten Flüchtlingen. Die Angebote der anerkannten Flüchtlinge erfolgen durch den Integrationspoint des Jobcenters, ebenso für differenzierte Herkunftsländer der geduldeten Flüchtlinge.

Nach Aussage des Integrationspoints sind weitgehend alle jungen Menschen in entsprechenden Maßnahmen untergebracht.

Die 1. Bgo Dagmar Formella berichtet mit Blick auf die Schulen, dass es sehr schwer ist pädagogisch qualifizierte Lehrkräfte zu bekommen.

Stv. Lukat fragt an, wie viele junge Leute zwischen 16 und 21 keinen Schulabschluss haben. Es ist für das Kreisgebiet von einer Zahl von 1.500 gesprochen worden. Sie bemängelt, dass es keine zuverlässigen Zahlen zu der Anfrage gibt, bzw. unterschiedliche Zahlen von verschiedenen Stellen benannt werden.

Herr Römer bestätigt, dass es schwierig ist, die Zahlen zu ermitteln. Es gibt aktuell keine edv-unterstützte Fachanwendung die bei der Ermittlung der Zahlen und beim Erstellen eines Bildungsmonitorings etc. behilflich sein könnte.

Es ist jedoch auch erkennbar, dass es schwierig ist, die Zielgruppe der 18 bis 21-Jährigen zu erreichen. Hierzu ist in Zusammenarbeit mit der Caritas eine Arbeitsgruppe „Junge Flüchtlinge“ entstanden, die hinsichtlich der Erreichbarkeit dieser jungen Menschen berät.

Zum Beispiel hat Monheim ein Projekt für Sprachkurse gestartet. Dieses wird voraussichtlich wegen mangelnden Interesses nicht fortgeführt. Die Erfahrungen zeigen, dass diese jungen Menschen vorrangig arbeiten und Geld verdienen wollen. Die Gründe liegen oft darin, die in der Heimat verbliebene Familie finanziell zu unterstützen oder auch entsprechende Schlepper zu bezahlen.

VA Schneider teilt mit, dass die Zahlen des KI der Tischvorlage als Anlage 4 beigefügt sind.

Der Vorsitzende Bernd Stracke bedankt sich bei Herrn Römer für die Teilnahme an der Sitzung.

5./ Jahresbericht 2017 der Schuldnerberatung

Protokoll:

Der Vorsitzende, Bernd Stracke begrüßt zum TOP 5 Herrn Beyll von der Schuldnerberatung der Caritas des Kreises Mettmann.

Herr Beyll berichtet, dass die Anzahl der Betreuten der Schuldnerberatung gleichbleibend sei. Dies bedeutet nicht, dass es aktuell eine entspannte Lage im Bereich der Schuldnerberatung gibt, sondern ist dem Personalschlüssel geschuldet, der nicht mehr Beratungen zulässt. Der Beratungsbedarf ist im Gegenteil sogar höher geworden. Dies ist anhand der Wartezeiten der Beratungssuchenden erkennbar. Aktuell beträgt die Wartezeit vier Monate, und liegt damit kreisweit im oberen Viertel. Bei anderen Beratungsstellen sind Wartezeiten von einem Jahr inzwischen nicht unüblich.

Die vorwiegenden Beratungsthemen drehen sich um Strom- und Mietrückstände und auch um den laufenden Lebensunterhalt. Eine verstärkte Problemlage stellen inzwischen Zahlungsrückstände bei den Krankenversicherungen dar. Insbesondere bei Inhaftierten können nach der Haftentlassung hohe Rückstände aufgelaufen sein. Inhaftierte erhalten zwar in der Haftzeit Krankenversorgung im Rahmen der freien Heilfürsorge, für die bestehende Krankenversicherung besteht jedoch weiterhin eine Beitragspflicht von ca. 60 €/mtl. Diese kann von dem Inhaftierten während der Haft oftmals nicht geleistet werden, so dass nach der Haftentlassung hohe Rückstände zu begleichen sind..

Weiterhin wird beobachtet, dass immer mehr junge Leute die unter Betreuung stehen die Schuldnerberatung aufsuchen. Diese Zahlen sind Leistungstechnisch noch nicht im städtischen Haushalt abzulesen. In diesem Zusammenhang ist erkennbar, dass es einen Bedarf an bezahlbaren kleinen Wohnungen in Haan gibt.

Stv. Lukat fragt an, wie viele junge Leute es in Haan gibt, die unter Betreuung stehen.

VA Schneider informiert, dass es bei der Verwaltung hierzu keine Statistiken gibt. Das Amtsgericht Mettmann kann hierzu Angaben machen. Er weist jedoch darauf hin, dass aus der Zahl allein kein Rückschluss auf den Umfang der Betreuung gezogen werden kann.

Stv. Kunkel-Grätz merkt an, dass gerade bei bestehenden Mietrückständen eine Wartezeit von vier Monaten auf einen Termin bei der Schuldnerberatung zu lang erscheint.

Herr Beyll führt aus, dass vorgelagert ein telefonischer Erstkontakt besteht. Viele Menschen in einer Schuldproblematik nehmen keinen Kontakt zur Schuldnerberatung auf. Schätzungen gehen dahin, dass lediglich 5 % überhaupt bei einer Schuldnerberatung Hilfe suchen.

Der Vorsitzende Bernd Stracke dankt Herrn Beyll von der Schuldnerberatung des Caritasverbandes des Kreises Mettmann für seinen Bericht.

**6./ Seniorengerechte Quartiersentwicklung 2019
Haushalt 2019
Vorlage: 50/015/2018**

Protokoll:

VA Schneider führt in die Vorlage ein

Die 1.Bgo. Dagmar Formella wirbt für die Vorlage. In dem Bereich der seniorengerechten Quartiersentwicklung sollten nunmehr Signale gesetzt werden.

Beschluss:

Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem HFA und Rat für die seniorengerechte Quartiersentwicklung im Jahr 2019 Haushaltsmittel von insgesamt 27.000 € im Produkt 050120 – Allgemeine soziale Verwaltung und Beratung – ein zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**7./ Weiterentwicklung Barrierefreiheit in Haan
hier: Sachstandsbericht
Vorlage: 61/238/2018**

Protokoll:

Die 1.Bgo. Dagmar Formella berichtet, dass es aus dem UA ÖPNV keine Beschlusslage gibt. Die Sitzung ist ausgefallen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

8./ Anfragen im öffentlichen Teil

Protokoll:

Stv. Kunkel-Grätz fragt an, wann die städtischen Unterkünfte mit einem WLAN-Anschluss ausgestattet werden.

VA Schneider berichtet, dass es verschiedene Probleme zu lösen gibt.

Der Vorsitzende Bernd Stracke stellt dar, dass seit nunmehr zwei Jahren diese Thematik seitens der Verwaltung nicht gelöst wurde. Es ist heutzutage Standard, dass Hausaufgaben etc. im Internet recherchiert werden müssen. Die Bereitstellung eines WLAN-Anschlusses stellt nicht zuletzt eine Möglichkeit zur Integration von Flüchtlingen dar. Sofern eine große Lösung nicht möglich sei, sollte an einer Kleinen gearbeitet werden.

Mitteilungen der Verwaltung zum WLAN-Anschluss für Flüchtlinge in den städtischen Unterkünften:

Der WLAN-Anschluss am Standort der ehem. LFS, Kaiserstraße 10 befindet sich bereits in der Umsetzung. Die technische Aufgabenstellung durch die IT-Abteilung ist bereits erfolgt. Mit der Erledigung der ausstehenden Restarbeiten beim Gebäudemanagement ist alsbald zu rechnen.

Für den Standort Düsselberger Straße 15 befinden sich die technischen Details zur Zeit noch in Prüfung. Dies gilt auch für die Unterkunft Ellscheid 9 / 9b, wobei dort aufgrund der Lage im Außenbereich / fehlender Postanschluss voraussichtlich mit weitaus höheren finanziellen Aufwendungen zu rechnen wäre.

Die bereits bestehende WLAN-Anbindung für die ehrenamtlichen Sprachkurse durch den BVV in der Unterkunft Düsselberger Straße 15 ist gesichert.

Für die städt. Unterkünfte an den Standorten Dieker Straße 49, Deller Straße 90-90b, Heidfeld 14 sowie Düsseldorf Straße 141a sind seitens der Verwaltung wegen Standort und Belegung keine weiteren Maßnahmen beabsichtigt.

VA Schneider teilt mit, dass zur Anfrage der SPD vom 28.08.2018 eine Tischvorlage verteilt wird. Die Tischvorlage ist im Ratsinformationssystem dem TOP 8 als Datei beigefügt.

Die Verwaltung wird in der November-Sitzung über die Details berichten.

9./ Mitteilungen im öffentlichen Teil

Protokoll:

Die 1.Bgo. Dagmar Formella berichtet, dass es einen intensiven Prozess betreffend der zukünftigen Nutzung/Belegung zur städtischen Unterkunft „Landesfinanzschule“ auf der Kaiserstraße 10-14 gegeben hat.

VA Schneider ergänzt, dass die Landesfinanzschule als Standort für eine städtische Unterkunft bis zum Jahr 2022 zur Verfügung steht.

Die Belegungsstatistik liegt als Tischvorlage vor. Diese wird im Ratsinformationssystem unter TOP als Datei beigefügt und auf der Homepage veröffentlicht.